



DAS GRÜNE BLATT

AKTUELLES VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN GRASBRUNN

NR. 1 / APRIL 16

TTIP – Wir alle sind betroffen 2016 entscheidet!



Worum geht es?

- TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), das geplante Freihandelsabkommen mit den USA, soll 2016 fertig verhandelt und ratifiziert werden. CETA (Canada – EU Trade Agreement), das Freihandelsabkommen mit Kanada, ist fertig und soll vorher ratifiziert werden. Daher ist CETA zurzeit dringender. Wenn CETA scheitert, wird es auch mit TTIP nichts. Mit CETA hätten aber die US-amerikanischen Unternehmen über Tochterfirmen schon zahlreiche Klagemöglichkeiten gegen die EU.
- Am 13. Mai steht CETA beim europäischen Rat auf der Tagesordnung. Wenn es dort beschlossen wird, kommt es im europäischen Parlament zur Abstimmung.
- Der europäische Gerichtshof wird entscheiden, ob die nationalen Parlamente überhaupt zustimmen dürfen oder nicht. Als reines Handelsabkommen ist es nicht zustimmungspflichtig, als gemischtes Abkommen schon.
- Beide Freihandelsabkommen stehen als internationales Völkerrecht über europäischem und deutschem Recht. Es ist offensichtlich, dass damit nicht nur Zölle und Zulassungsvorschriften geregelt werden sollen.
- 3,3 Mio Unterschriften europaweit gegen TTIP und CETA wurden von der Koalition bisher ignoriert. Die Motivation, trotzdem und hartnäckig an dem Vorhaben festzuhalten, ist nach wie vor rätselhaft.

Positive Effekte – Was erwarten die Befürworter?

• Beflügelter Handel

Durch den Abbau nahezu sämtlicher Zölle soll der transatlantische Handel (noch) mehr in Schwung gebracht werden. Auf den Wegfall von 97 % dieser Handelshürden hat man sich bereits verständigt. Das soll mehr Wachstum bringen und Arbeitsplätze sichern.

• Angleichung von technischen Regelwerken und Testverfahren

Leicht einsehbar ist, dass man z.B. Sicherheitsgurte von Autos nicht auf beiden Seiten des Atlantiks bei vergleichbarer Zielsetzung doppelt testen muss. Hier können einheitliche Vorgaben und Verfahren Kosten und Zeit sparen.

• Mehr Wachstum und Wohlstand

Gerne als Totschlagargument gebraucht:

Noch vor einem Jahr meinten die Befürworter von TTIP genau vorrechnen zu können, dass einem Vier-Personen-Haushalt in der EU ein um 545 Euro höheres Jahreseinkommen zur Verfügung steht, wenn der Vertrag kommt. Nach heftigen Einsprüchen aus Wissenschaftskreisen musste die EU-Kommission diese Prognose jedoch aus dem Internet entfernen.

Verblieben ist ein „mögliches“ Plus von höchstens 0,5 % an Wirtschaftswachstum, keine Rede mehr von Einkommenssteigerung.

Die Kehrseite des schrankenlosen Marktes

Es ist unübersehbar, dass die Initiatoren des Freihandelsabkommens von einem marktradikalen Geist beseelt sind. So viele Handelshemmnisse wie möglich sollen abgebaut werden. Was bedeutet das im Einzelnen – hier einige Beispiele:

• Kampf der Kulturen – Europäisches Vorsorgeprinzip kontra amerikanisches Nachweisprinzip

Die Regulierungsansätze in Europa und den USA sind grundverschieden.

In Europa gilt das Vorsorgeprinzip: Die Hersteller müssen im Voraus nachweisen, dass ihre Produkte oder Verfahren für Gesundheit und Umwelt unschädlich sind. Staatliche Vorgaben sollen dies sicherstellen. In Zukunft können diese auch verschärft werden, wenn neue Erkenntnisse vorliegen.

Beim amerikanischen Ansatz gilt dagegen, dass ein Produkt oder Verfahren so lange als ungefährlich gilt, bis seine Schädlichkeit nachgewiesen ist.

Der amerikanische Ansatz ist natürlich wesentlich handelsfreundlicher. Er bedroht daher unser Vorsorgeprinzip, das in erster Linie den Bürger schützt und nicht den Handel bevorzugt.

• Landwirtschaft als Industrie

Die USA drängen u.a. darauf, gentechnisch veränderte Agrarprodukte und Hormonfleisch in größeren Mengen nach Europa zu exportieren. Landwirtschaft ist in den USA eine Industrieform mit geringeren Schutzstandards für Mensch, Tier und Umwelt als hierzulande. Dort werden Lebensmittel z.B. in Farmen produziert, die durchschnittlich 15-mal so groß sind wie deutsche Bauernhöfe und die bis zu 37.000 Kühe im Stall haben. Die entsprechend billig produzierten Lebensmittel überschwemmen unsere Agrarmärkte noch mehr und drängen zwangsläufig unsere bäuerlichen Familienbetriebe und die ökologische Landwirtschaft an den Rand. Unter diesem Strukturwandel wird sich auch unser vielfältiges Kulturlandschaftsbild nicht zum Besseren verändern.

• Gegenseitige Anerkennung von Standards

Dass dies zwischen EU und USA gewährleistet werden soll, betonen die EU-Kommission und

Fortsetzung auf Seite 2



Das Froschbarometer

Steuertricks bei Apple

Nach Schätzungen von „Die Zeit“ hat Apple bei iPhones eine Durchschnittsmarge von 60–65 % erreicht und damit allein in Europa binnen 5 Jahren 34 Milliarden Euro Gewinn erzielt [1].

Und wie viele Steuern zahlt Apple darauf in Europa?

Basierend auf den unterschiedlichen Sätzen der Körperschaftssteuer und den jeweiligen nationalen Marktanteilen im Smartphone-Markt ergibt sich nach Schätzungen der „Zeit“ ein Steuersatz von ca. 27 %. Danach wären allein für iPhones binnen 5 Jahren in Europa etwa 9 Milliarden Euro Steuern fällig geworden. – Denkt man!

Genaueres verrät Apple zwar nicht, aber nach eigenen Angaben soll das Unternehmen in den vergangenen 5 Jahren im Schnitt nur etwa 2,8 % Steuern auf Auslandsgewinne gezahlt haben. Das wären bei 34 Milliarden Euro Gewinn statt 9 Milliarden gerade mal etwa 1 Milliarde Euro für das iPhone. So mussten wir in Europa in 5 Jahren auf 8 Milliarden Euro Steuern verzichten. Geld, das an vielen Stellen dringend benötigt würde.

FAZIT: Das findet unser Frosch mies und hat sich entschieden bis auf Weiteres kein Apple-Produkt mehr zu kaufen.

MN

[1] „Warum uns das iPhone Milliarden kostet“; Die Zeit Online; www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2015-09/iphone-apple-steuern-europa

RADWEGE in der GEMEINDE oder "Schwer ist leicht was" (Ottfried Fischer)

In Bürgerversammlungen und Wahlprogrammen sind sie ein Dauerthema, und die Notwendigkeit des Baus von Radwegen zwischen den Ortsteilen unserer Gemeinde wird seit Jahrzehnten von niemandem ernsthaft bestritten. Zählbare Fortschritte gibt es jedoch bis auf die – auch nicht mehr ganz neue – Verbindung von Harthausen zum Forstswirt seit sehr langer Zeit nicht.

Berufstätige und Schüler aus Grasbrunn und Harthausen, die mit dem Rad zur S-Bahn oder direkt zu ihrem Arbeitsplatz bzw. zu den Schulen in Haar und Vaterstetten fahren, müssen sich einen erheblichen Teil ihrer Wegstrecke mit eiligen motorisierten Verkehrsteilnehmern teilen.

Familien, die am Wochenende mit ihren Kindern von Neukeferloh oder Grasbrunn aus einen Fahrradausflug in die nähere Umgebung unternehmen möchten, müssen auf viele attraktive Ziele verzichten, wenn sie außerhalb der geschlossenen Ortschaften nur auf sicheren Radwegen unterwegs sein möchten.

Zuletzt schien es jedoch so, als würde sich der Landkreis verstärkt um dieses Thema kümmern und hätte, bezogen auf unsere Gemeinde, bei festgefahrenen Grundstücksverhandlungen erste Erfolge erzielt.

- Ob in absehbarer Zeit wirklich mit Fortschritten beim örtlichen und regionalen Radwegbau zu rechnen ist,
- welche Schwierigkeiten noch bestehen,
- welche Ziele DIE GRÜNEN in diesem Zusammenhang verfolgen und
- welche Maßnahmen sie für notwendig halten, um den Ausbau der Infrastruktur für dieses umweltfreundliche und gesunde Verkehrsmittel und Freizeitgerät zu beschleunigen, darüber informieren und diskutieren mit Ihnen:

Kreisrat Markus Büchler und Ihre Grünen Gemeinderäte bei einer öffentlichen Veranstaltung der Ortsgruppe Grasbrunn am

Montag, 25. April, 19.30 h, Wirtshaus am Sportpark (Nebenraum).



Kommen Sie zu unserem "Fahrrad-Abend" – wir freuen uns auf einen lebhaften Informations- und Meinungsaustausch!

HM



Impressum

Das Grüne Blatt wird herausgegeben von



Kontakt:

E-Mail: ov.grasbrunn@gruene.de

Redaktion:

Michelle Nelson

www.gruene-ml.de/grasbrunn

V.i.S.d.P. Michelle Nelson,

Schusterweg 24, 85630 Grasbrunn

Layout: Tobi Jagalski, tobi@jagalski.net

TTIP – Wir alle sind betroffen – 2016 entscheidet!

Fortsetzung von Seite 1

nicht zuletzt das Bundeswirtschaftsministerium immer wieder. Mit dieser Regelung kann uns doch eigentlich nichts passieren – denkt man dann vordergründig.

Ein Beispiel zeigt, dass bei diesem Prinzip immer der schlechteste Standard gewinnt:

So können demnach die Amerikaner ihre gentechnisch veränderten Lebensmittel ungekennzeichnet nach Europa exportieren und im Gegenzug dürfen wir unsere genfreien Produkte gekennzeichnet in die USA ausführen. Es liegt auf der Hand, wer hier Gewinner und wer Verlierer ist.

Hinzu kommt, dass sich die Verhandler bei diesem Thema nur auf gegenwärtig gültige Standards beziehen. Wenn diese in Zukunft erhöht werden sollen, z.B. verschärfte Grenzwerte von Schadstoffen, kann dies als Investitionshemmnis interpretiert werden. Was dann geschehen kann, wird im Absatz „Internationale Schiedsgerichte“ dargestellt.

• **regulatorische Kooperation – was bitte?**

Ein „Rat für regulatorische Kooperation“ soll zur Vermeidung von Handelshemmnissen eingerichtet werden. Dieser Rat kann direkt auf Gesetzgebungsverfahren einwirken, wenn staatliche Regulierungen geplant sind, also z.B. die Verschärfung von Schadstoffgrenzwerten oder die Einführung eines Mindestlohns. Das bedeutet, dass z.B. neue oder schärfere Umweltgesetze womöglich gar nicht erst ins Parlament gebracht werden, wenn sie nicht mit TTIP konform sind.

• **internationale Schiedsgerichte**

Wenn sich ein US-amerikanisches Unternehmen in seiner Investition benachteiligt fühlt – z.B. weil ein schärferes Umweltgesetz erlassen wurde –, soll es ein internationales Handelsgericht anrufen können. Nach der ursprünglichen Intention soll dies ein privates Schiedsgericht sein, besetzt mit privaten Anwälten als Richter, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen und deren Urteile nicht revisionsfähig sind. Die Unternehmen können dort auf theoretisch entgangenen Gewinn klagen, also auf eine rein fiktive Größe.

Dazu ein Beispiel: Der Staat Uruguay hat 2005 zu Gunsten der Volksgesundheit härtere Rauchergesetze erlassen. 2010 hat der Tabakkonzern Philip Morris Uruguay vor dem Schiedsgericht der Weltbank auf Schadener-

satz über 2 Mrd. US-Dollar verklagt. Diese Summe entspricht einem Sechstel des Staatshaushaltes von Uruguay. Das strategische Ziel des Konzerns ist es dabei, andere Länder von verschärften Rauchergesetzen von vorn herein abzuhalten, weil sie sich einen verlorenen Prozess gegen Konzerne kaum leisten könnten.

Die USA wollen private Schiedsgerichte nach wie vor.

Die EU-Kommission ist, nach dem Druck der Öffentlichkeit gegen solche Gerichte, bereit, auf einen Vorschlag des deutschen Wirtschaftsministers einzugehen: Demnach soll ein öffentlicher Handelsgerichtshof mit ordentlichen Richtern, der öffentlich tagt und Revision zulässt, eingerichtet werden.

Kritiker sehen auch in einem solchen Gericht ein unbegründetes Sonderklagerecht für ausländische Investoren, mit dem nationale Gesetze, also öffentliches, demokratisches Recht ausgehebelt werden kann. Viele sehen darin auch einen Verstoß gegen die Verfassung.

Bislang ist völlig offen, welcher Vorschlag sich durchsetzen wird.

Warum sind die USA so scharf auf die privaten Schiedsgerichte?

Das zeigt das Beispiel des NAFTA-Abkommens zwischen den USA, Kanada und Mexiko:

600 Investor-Staatsverfahren haben bis 2014 einen Wert von 12,4 Mrd. US-\$ erreicht und noch nie haben die USA ein Schiedsgerichtsverfahren verloren. Die Prozessfinanzierung ist für Beteiligungskapitalgesellschaften inzwischen zu einem lukrativen Geschäftsmodell geworden.

(Quellen: ARD-Mediathek 'Konzerne klagen - wir zahlen' vom 19.10.2015 und Public-Citizen-Studie von 2014 im Tagesspiegel vom 6.12.2014).

• Noch vieles mehr steht bei TTIP im Feuer, das hier nur im Ansatz erwähnt werden kann: So wollen die USA die öffentliche Daseinsvorsorge nach kommerziellen Erwägungen ausrichten. Das heißt, dass Leistungen, die hierzulande sozialverantwortlich oft nach dem Kostendeckungsprinzip angeboten werden, wie z.B. der öffentliche Nahverkehr, die Wasserversorgung, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, sollen ihre Subventionen beschränkt bekommen, in der Tendenz privatisiert wer-

den – „Handschellen für den Staat“ nennen das Kritiker des Freihandels. Der künftige Schutz regionaler Herkunftsbezeichnungen (z.B. Münchner Weißwurst) ist ebenso fraglich u.v.m.

Fazit

• TTIP ist ein Abkommen von den Großen für die Großen.

• Mit ihm soll internationales Handelsrecht über nationales, öffentliches Recht gestellt werden.

• Es gefährdet damit unser Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

• Die Normalbürger und voraussichtlich auch mittelständische Unternehmen werden nicht oder kaum profitieren. Dagegen überwiegen die Nachteile, wie sie oben auszugsweise aufgezeigt wurden.

• Viele unserer Werte stehen zu Gunsten der Ausweitung schierer Handelsmassen zur Disposition.

Wie geht es weiter – was können wir tun?

• Zuerst sich weiter über die neuesten Entwicklungen informieren (s. Links).

• Die Befürworter von TTIP in seiner bisherigen Form wollen die Verhandlungen bis zum Jahresende 2016 beenden.

Sie werden dann versuchen, künstlichen Zeitdruck aufzubauen, um nur ja keine breite öffentliche Diskussion aufkommen zu lassen.

Wir brauchen ein gutes Abkommen, kein schnelles!

Wenn wir Kritik anbringen wollen, muss dies öffentlich deutlich erkennbar sein, z.B.

- auf Demos Flagge zeigen
- durch Unterschriftenlisten auf bekannten Plattformen (z.B. Campact).
- durch Meinungskundgabe in Medien wir z.B. hier im Grünen Blatt

Unsere Politiker reagieren auf öffentlichen Druck –

Lassen wir ihn nicht abreißen!

HH & BW

Links:

- www.europa-links.eu
- www.umweltinstitut.org
- www.konstanz-gegen-ttip.de
- www.change.org

Kommunalpolitik

In den letzten Monaten hat wie überall auch in Grasbrunn die Flüchtlingspolitik die Kommunalpolitik dominiert. Hauptproblem ist die Frage, wie die Gemeinde die ihr zugewiesenen Asylbewerber und anerkannten Flüchtlinge unterbringt. Grundsätzlich galt es zu klären, ob die Asylbewerber lieber „zentral“ an einer Stelle oder „dezentral“ an mehreren Stellen im Gemeindegebiet untergebracht werden sollen.

Die Grünen haben sich intensiv mit dieser Frage auseinander gesetzt und sich für die „dezentrale“ Lösung entschieden. Unserer Ansicht nach erleichtert die dezentrale Unterbringung die Integration der Flüchtlinge, und es gibt weniger Auseinandersetzungen und Probleme als in zentralen Einrichtungen, in denen viele Volksgruppen und Kulturen auf engstem Raum zusammengedrängt sind. Zudem können dauerhaft errichtete dezentrale Wohnungen nach der Flüchtlingskrise für Gemeindeglieder mit geringen Einkünften genutzt werden.

Derzeit gibt es die Container auf dem Parkplatz der Kfz-Zulassungsstelle, auf einem Parkplatz im Technopark wird eine befristete Unterbringungsmöglichkeit geschaffen, in Harthausen sind befristet Flüchtlingsfamilien in leerstehenden Gemeindegewohnungen untergebracht, in Grasbrunn wird von einem privaten Investor eine befristete Unterkunft gebaut und von der Gemeinde eine dauerhafte kleines Mehrfamilienhaus.

Natürlich stehen auch andere Themen in der Gemeinde Grasbrunn an, bei denen sich die Grünen für eine ökologische und lebenswerte Gemeinde einsetzen:

2015 wurde das **neue Feuerwehrhaus** in Neukeferloh fertiggestellt. Es bietet mehr Platz für die immer größer werdenden Feuerwehrfahrzeuge der Zukunft und ist mit moderner Technik ausgerüstet. Schutz und Sicherheit der Bürger steht auch für die Grünen an oberster Stelle, deshalb wurde dieses Projekt von uns voll unterstützt.

Wir treten dafür ein, dass der dadurch im **Rathaus** frei gewordene Platz zu Büroräumen für die Verwaltung umgebaut wird, damit diese Räume effektiv genutzt und an anderer Stelle bisher von der Gemeindeverwaltung angemietete Räume aufgegeben werden können, um Kosten einzusparen.

Um die Versorgung der Bürger mit Trinkwasser gewährleisten zu können, müssen im Gemeindegebiet alte Wasserleitungen erneuert werden. Dies sollte verbunden werden mit der **Sanierung von Straßen** im Gemeindegebiet und mit Leitungen bzw. Leerrohren zur Verbesserung der Internet-Kommunikation. Alle drei Aspekte wurden bei der Sanierung der Gartenstraße in Neukeferloh beachtet, die deshalb viel Zeit in Anspruch nahm.

Leider hat sich unter dem Druck hoher Baukosten im letzten Jahr die Tendenz fortgesetzt, bei Eigentümerwechseln in den Ortschaften alle **Bäume und Sträucher** zu entfer-

nen und das Grundstück mit der maximal möglichen Dichte (oder auch mehr) zu bebauen. Das beeinträchtigt nicht nur das Ortsbild, sondern verändert auch das Lebensumfeld negativ. Die belebte Natur (Vögel, Bienen etc.) verschwindet aus den ausgeräumten Gärten. Zudem begünstigt die enge Bebauung Konfliktsituationen zwischen Nachbarn. Gegen die Stimmen der Grünen wurde die **Hundesteuererhöhung** durchgesetzt. Wir waren dagegen, weil die Gebühren in keinem anderen Bereich verdoppelt wurden und es keine Vergünstigungen für Senioren gibt, für die häufig der Hund die größte soziale Stütze darstellt.

Zur Vermeidung von Konflikten zwischen Spaziergängern, Radfahrern, Joggern, Familien mit Kindern und freilaufenden Hunden werden die Grünen zusammen mit dem Bund Naturschutz einen Antrag auf eine eingezäunte Hundefreilaufwiese stellen.

Der alte **„Waldlehrpfad“** in Neukeferloh ist heruntergekommen und muss saniert werden. Die Gemeinde wird durch das Amt für Landwirtschaft und Forsten im Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz einen „Waldlehrpfad“ errichten, auf dem „Alt und Jung“ den heimischen Wald mit den Sinnen erleben können und gleichzeitig wertvolle Informationen über die Natur erfahren können.

MW

Natur-Tipp

Rettet meinen Bruder!



In der Geflügelwirtschaft werden Hühner eingesetzt, die entweder eine hohe Legeleistung oder eine hohe Mastleistung erzielen (Lege- oder Masthybriden). Die „Legehybriden“ legen 300 Eier im Jahr. Dafür setzen sie kaum Fleisch an. Masttiere werden binnen fünf bis sechs Wochen zwei Kilogramm schwer und geschlachtet, ehe sie geschlechtsreif sind.

Männliche Küken von „Legehybriden“ legen naturgemäß keine Eier. Sie zu mästen wäre wirtschaftlich nicht rentabel, da sie länger und mehr gefüttert werden müssen bis sie ein bestimmtes Schlachtgewicht erreichen und zudem einen sehr geringen Anteil an Brustmuskelfleisch aufweisen.

45 Millionen männliche Legehybridküken werden pro Jahr in Deutschland nach dem Schlüpfen lebendig geschreddert oder durch Kohlendioxid vergast. Weltweit sind es 7 Millionen Eintagsküken – täglich! Diese Vorgehensweise ist auch bei Bioeiern erlaubt.

Vermeiden lässt sich die Tötung, indem die Geschlechtsbestimmung schon im Hühnererfolg und männliche Küken nicht ausgebrütet würden (Ovo-Geschlechtsbestimmung). Aber auch das ist ethisch nicht unbedenklich. Hierzu gibt es einen guten Artikel vom Demeter-Verband unter www.oekotierzucht.de/presse/ mit dem Titel „Geschlechtsbestimmung im Ei löst das Problem der sinnlosen Tötung von männlichen Küken nicht“.

Konsumenten, die nicht auf den Verzehr von Eiern verzichten wollen, sollten die Rückkehr zum „Zweinutzungshuhn“ unterstützen. Beim „Zweinutzungshuhn-Prinzip“ werden weibliche Tiere als Legehennen aufgezogen und männliche Küken für eine spätere Fleischnutzung gemästet.

Unser Tipp: Kaufen Sie Eier nach dem „Zweinutzungshuhnprinzip“. Erhältlich sind sie z.B. im Bioladen von der Firma

- Haehnlein, Aufzucht von Hahn und Henne (www.ez-fuerstenhof.de)
- Grosserhof „Schwester Henne – Bruder Gockel“ (www.grosserhof.de)

DW



Ohne Moos nichts los!

Wenn Sie mit unserer Arbeit zufrieden sind und Sie der Natur in unserer Gemeinde eine Stimme geben wollen, spenden Sie an den Ortsverband der Grünen Grasbrunn. Vergelt's Gott!

Die Bank-Verbindung unseres OV:

Bündnis 90 / Die Grünen
Ortsverband Grasbrunn
Kreissparkasse München-Starnberg
Konto Nummer: 1723 4295
Bankleitzahl: 702 501 50 MN